

Landeshauptstadt Stuttgart Stuttgart, 24.10.2002
Der Oberbürgermeister
GZ: OB 6233-02.00

Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte - Fraktionen
SPD-Gemeinderatsfraktion, Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Datum
04.07.2002
Betreff
Radverbindungen auf den Fildern im Bereich Flughafen/Messe
Anlagen
Text der Anfragen/ der Anträge

Beantwortung/ Stellungnahme:

Anlagen:
Text des Antrags

Unbestritten stellt der Flughafentunnel eine wichtige Wegeverbindung für Fahrradfahrer zwischen Filderstadt und Plieningen dar. Aus Sicherheitsgründen musste der Flughafentunnel durch die für die Verkehrssicherheit zuständigen Behörden gesperrt werden, sodass Fahrradfahrer das Fahrrad entweder schieben oder Umwege in Kauf nehmen müssen.

Das für den Tunnel zuständige Straßenbauamt wird nach Erhöhung des Geländers am Fuß- und Radweg ein Befahren des Weges wieder zulassen. Dies wird von den angrenzenden Städten jedoch lediglich als Übergangslösung angesehen. Eine gute Radfahrmöglichkeit auf einem ausreichend dimensionierten Weg für eine dauerhafte und sichere Verbindung ist erforderlich und durch das zuständige Land Baden-Württemberg zu planen.

Die Städte sind sich deshalb einig, dass eine Verbesserung der jetzigen Situation lediglich durch einen separaten Weg durch den Tunnel möglich ist.

Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Neue Messe wurde eine entsprechende Verbesserung gefordert. Die unbefriedigende Situation kann jedoch nicht der Neuen Messe angelastet werden.

Durch eine bereits verkehrsbehördlich überprüfte Reduzierung der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h anstelle des Radfahrverbots würde sich die Gefahrenlage für Radfahrer nach Ansicht der Fachbehörden und der Polizei nicht entscheidend verändern. Der Flughafentunnel ist Bestandteil der Bundesstraße 312 und

in seiner Funktion als Verbindung zwischen Stuttgart und Filderstadt bzw. dem Flughafen Leinfelden-Echterdingen und dessen Frachtzentrum unersetzbar. Ein Durchfahrtsverbot für den Schwerlastverkehr zu Gunsten der Radfahrer wäre mangels Umleitungsalternative nicht zu vertreten. Das wird auch vom Ministerium so gesehen.

Sobald weitere Informationen vorliegen, wird in geeigneter Form darüber berichtet werden.

Dr. Wolfgang Schuster